

Europäisches Gesellschaftsrecht

Kalss / Deutsch

2. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-81307-8
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kalss/Deutsch
Europäisches Gesellschaftsrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Europäisches Gesellschaftsrecht

Sonderausgabe aus

Ludwigs

**Handbuch des
EU-Wirtschaftsrechts**

Bearbeitet von

Prof. Dr. Dr. h. c. Susanne Kalss, LL. M.

Wirtschaftsuniversität Wien

und

Jakob Deutsch, LL. M. (WU)

Wirtschaftsuniversität Wien

2025


C.H.BECK

MANZ 

Zitiervorschlag:
Ludwigs EU-WirtschaftsR-HdB/Kalss/Deutsch § 20 Rn. 1
oder
Kalss/Deutsch EurGesR § 20 Rn. 1


beck-shop.de
beck.de
manz.at
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN 978 3 406 81307 8 (C.H.Beck)
ISBN 978 3 214 26043 9 (Manz)

© 2025 C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: mediaTEXT Jena GmbH, Jena

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Das Gesellschaftsrecht ist eine der Erfolgsgeschichten der Europäischen Union. Die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit für Gesellschaften, die die grenzüberschreitende Tätigkeit von Unternehmen sichert, ist einer der Grundpfeiler der Europäischen Union. Die Niederlassungsfreiheit ist die Grundlage für die Harmonisierung der nationalen Gesellschaftsrechte, gibt in bestimmten Bereichen einheitliche Standards vor und eröffnet die Möglichkeit, supranationale Rechtsformen zu schaffen. Die Niederlassungsfreiheit zielt auf die grenzüberschreitende Tätigkeit der Unternehmen. Daher ist keine durchgehende Vollharmonisierung erforderlich, sondern nur soweit, wie dies für die unternehmerische Tätigkeit notwendig ist.

Das Europäische Gesellschaftsrecht legt seinen Regelungsschwerpunkt auf die Kapitalgesellschaften. Die Regelungen zielen vor allem auf die Aktiengesellschaft, primär auf die börsennotierte Aktiengesellschaft. Dies ist naheliegend, da bei ihr der grenzüberschreitende Aspekt sowohl für die operative Unternehmensführung als auch die Zusammensetzung der Aktionäre und die grenzüberschreitende Ausübung der Aktionärsrechte eine besondere Rolle spielt. Die nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und sonstige Kapitalgesellschaft spielen in der Praxis in vielen Mitgliedstaaten aber eine bedeutende Rolle, sodass der europäische Normgeber sie verstärkt in seine Regelungsanliegen einbezieht. Die jüngst verabschiedeten Richtlinien, wie die Mobilitätsrichtlinie und Digitalisierungsrichtlinie und insbesondere die Nachhaltigkeitsberichtsrichtlinie gelten unabhängig von der Börsennotierung. Die Mehrstimmrechtsrichtlinie zielt auf die Unternehmen, die den Kapitalmarkt suchen, aber zugleich die individuelle Satzungsgestaltung anerkennen.

Personengesellschaften werden vor allem vom Primärrecht und für die Registrierung und Offenlegung ihres Bestehens und ihrer Vertretung erfasst. Die junge zweite Digitalisierungsrichtlinie wird eine wesentliche Erweiterung für das Handels- und Gesellschaftsregister bringen und schließt dabei die Personengesellschaften erstmals ein. Die registerrechtliche Transparenz wird als wesentliche Infrastrukturleistung wohl den Personengesellschaften auch im Sekundärrecht zu einer der wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden Berücksichtigung verhelfen. Hierfür sind noch Regelungslücken etwa bei der grenzüberschreitenden Mobilität von Personengesellschaften durch weitere legislative Schritte zu schließen.

Das europäische Gesellschaftsrecht wird eng von wirtschaftsrechtlichen Materien aus dem öffentlichen Recht begleitet wie von dem Bank- und Versicherungsaufsichtsrecht, Investitionskontrollrecht, Sanktionenrecht sowie Nachhaltigkeits- und Lieferkettenrecht. Dieses primär auf Marktenkung und Gefahrenabwehr ausgerichtete Recht greift zunehmend auch tief in das Gesellschaftsrecht ein.

Das Gesellschaftsrecht wird sich in den nächsten Jahren entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft fortentwickeln und neue Rahmenbedingungen für die Tätigkeit von Unternehmen schaffen. Zu hoffen ist, dass große europäische Vorhaben sowohl für Richtlinien als vor allem auch zur Schaffung weiterer supranationaler Rechtsformen voranschreiten werden. Regelungen im Gesellschaftsrecht sind keine Behinderungen und Einschränkungen, sondern sind als Rechtsgrundlage, die Planungssicherheit und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen, maßgebliche Grundlagen für die Verwirklichung des Binnenmarkts und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas insgesamt.

Vorwort

Das Werk erscheint als Beitrag in der Loseblattausgabe Ludwigs, Handbuch des EU-Wirtschaftsrecht. Wir bedanken uns beim Verlag C.H.Beck und beim MANZ Verlag für die Möglichkeit der Veröffentlichung dieses Beitrags auch als eigenständiges Buch.

Europäisches Gesellschaftsrecht ist eine spannende, weiterführende und vielfältige Materie. Ihre Bearbeitung forderte uns und machte uns zugleich große Freude. Wir freuen uns über Lob, Kritik und Anregungen.

Wien, im Jänner 2025

Susanne Kalss
Jakob Deutsch



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 20 Gesellschaftsrecht

Susanne Kalss/Jakob Deutsch

Übersicht

	Rn.
A. Entwicklungslinien im Europäischen Gesellschaftsrecht	1
I. Gesellschaftsrecht – Rechtsgebiet mit europäischer Tradition	1
II. Unternehmensrechtliche Infrastruktur	5
III. Funktionale Ausrichtung – punktuelle Regelung	6
IV. Schichtwerk der Harmonisierung	10
V. Personengesellschaft	12
VI. Konzentration auf Kapitalgesellschaften	18
VII. Aktiengesellschaft	19
VIII. Börsennotierte Aktiengesellschaft	20
IX. Bank- und Versicherungsgesellschaftsrecht	23
X. Sonstige Überlagerungen des Gesellschaftsrechts	28
1. Sanktionsregelungen	29
2. Foreign Direct Investment	30
3. Lieferkettenrecht	31
B. Grundlagen	32
I. Regelungsbereiche	32
II. Kompetenzgrundlagen	33
III. Regelungsinstrumente	38
IV. Niederlassungsfreiheit	43
1. Persönlicher Anwendungsbereich	43
2. Ausübungsmodalitäten der Niederlassungsfreiheit	51
3. Schutzgehalt der Niederlassungsfreiheit	59
4. Schutz im Herkunfts- und im Aufnahmestaat einer Niederlassung	66
V. Kapitalverkehrsfreiheit	69
C. Mobilität und Strukturmaßnahmen	73
I. Gewährleistung der Mobilität durch die Grundfreiheiten	78
1. Grundsatz der Anerkennung von EU-Auslandsgesellschaften	78
2. Gesellschaftsgründung und Beteiligungserwerb	81
a) Anwendung von Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit	81
b) Beteiligungserwerb und Goldene Aktien	88
c) EU-Auslandskapitalgesellschaft & Co Personengesellschaft	93
3. Verwaltungssitzverlegung	103
a) Einordnung der Verwaltungssitzverlegung	103
b) Die Vorfrage der rechtlichen Existenz nach dem Gründungsrecht	106
c) Schutz im Gründungs- und im Aufnahmestaat – Anerkennung	109
d) Briefkastengesellschaften	114
e) Rechtfertigungsmöglichkeit für Beschränkungen	118
4. Gründung von Tochtergesellschaften und Errichtung von Zweigniederlassungen	120
5. Grenzüberschreitende Umwandlungen	124
a) Verschmelzung als Ausübung der Niederlassungsfreiheit	124
b) Formwechsel als Ausübung der Niederlassungsfreiheit	130
c) Andere Umwandlungsmaßnahmen	139
d) Durchführung grenzüberschreitender Umwandlungen	142
II. Harmonisierung von Strukturmaßnahmen	146
1. Innerstaatliche Verschmelzung	149
a) Grundlagen und Anwendungsbereich	149
b) Verschmelzungsarten und Rechtsfolgen	151
c) Verschmelzungsverfahren nach dem Europäischen Modell für Strukturmaßnahmen	154
d) Absicherung durch Haftung, Gläubiger- und Bestandschutz	163
e) Verschmelzungen in der Unternehmensgruppe	167
2. Innerstaatliche Spaltung	170
a) Grundlagen und Anwendungsbereich	170
b) Spaltungsarten und Rechtsfolgen	172